

# Schonraum Schule

Die Situation griechischer Lehrkräfte und die Zustände an den Schulen

Wir besuchen die 51. Grundschule im Stadtteil Metaxourgio, einem sozialen Brennpunkt. 95 Prozent der ca. 220 Kinder, die diese Schule besuchen, haben einen Migrationshintergrund. Ihre Familien stammen aus 20 verschiedenen Ländern: Albanien, Georgien, Afghanistan, Ägypten, verschiedene afrikanische Länder, Rumänien, Bangla Desh, Polen usw. Die Schule ist 2-zügig, wie in griechischen Städten üblich, die Klassenfrequenzen liegen bei 20; auf dem Land und den Inseln sind die Schulen kleiner.

Ein Lehrer berichtet von Problemen: Viele Familien leben äußerst beengt, manchmal 5 Personen und mehr in einem Raum. Es kommt vor, dass Väter im Gefängnis sitzen und Mütter sich als Prostituierte verdienen. Die Schule ist deshalb für die Kinder ein Ort der Erholung vom familiären Stress.

Der Schulhof ist betonierte und nur am Rand begrünt, dabei umzäunt und abgeschlossen; so ist die Schule gegen unbefugtes Betreten (und unerlaubtes Verlassen) gesichert. Der Schulhof ist gleichzeitig der Sportplatz, eine Sporthalle gibt es nicht. Das ist auch an anderen Schulen so, wie wir später erfahren. Wir beobachten Kinder in der Sportstunde. Die Jungen spielen Fußball mit einem arg zerfledderten Ball, die Mädchen Abtreffen, auch mit einem Ball.

Dann ist Hofpause, wir erregen die Neugier der Kinder. Als sie merken, dass Angela Griechisch spricht, wird sie umringt und Fragen prasseln auf sie ein. Woher kommst du? Was machst du hier? Hamburg kennen sie

nicht, aber Deutschland. Angela fragt, ob sie ihre Schule mögen. Prompt kommt ein begeistertes Ja.

Wir gehen in die Aula. In einer Ecke sitzt eine Lehrerin mit 6 Kindern: Sprachunterricht für geflüchtete Kinder. Auf dem Podest türmen sich neue Schulbücher, die jedes Jahr an die Kinder ausgegeben werden, gegenüber eine Tafel. Auch in den Klassenräumen gebe es außer Tafel und Büchern keine Unterrichtsmittel, sagt uns ein Kollege. Es gebe keine Finanzmittel für naturwissenschaftliche Experimente, für den Unterricht mit Kindern nicht-griechischer Muttersprachen, für Sozialarbeiter\_innen, die an einer solchen Schule dringend nötig wären oder für reformpädagogische Ansätze, die helfen könnten, die griechische Schule zu modernisieren, die vielerorts noch immer eine Paukschule sei. Sie improvisierten und unterrichteten mit Liebe, sagte der Kollege. Das passt zum Schulmotto „Liebe und Solidarität“, das in großen Lettern am Schulgebäude geschrieben steht.

Unser Gesprächspartner ist einer von 15 000 zu Beginn des Schuljahres eingestellten Lehrkräfte, die einen Fristvertrag bis zum Ende des Schuljahres haben. Sein Gehalt beträgt knapp 700 Euro. In den Sommermonaten bezieht er Arbeitslosengeld. Im Schuljahr 2016/17 waren noch 24 000 Fristbeschäftigte (von ca. 160 000 Lehrkräften insgesamt) in den Schulen tätig. Ob im laufenden Schuljahr 2017/18 weitere Lehrkräfte eingestellt würden, war Anfang Oktober unklar. Die Gewerkschaften kämpften noch für Einstellungen, was wir später

am Nachmittag miterleben konnten. Vor dem Erziehungsministerium versammelten sich Kolleg\_innen, um gegen die Missstände in den Schulen zu protestieren. Der Protest war von den Basisgewerkschaften organisiert worden. Die Gewerkschaft der Grundschullehrer\_innen DOE war zwar nicht dagegen, hat aber auch keine aktive Rolle bei der Mobilisierung gespielt. Es beteiligten sich ca. 300 Kolleg\_innen.

Die Gewerkschaften hatten sich auch vehement gegen den Beschluss des Erziehungsministeriums ausgesprochen, die Kinder aus Familien Geflüchteter getrennt von den anderen



Bildungshaushalt in Zeiten der Austeritätspo

Schulkindern am Nachmittag zu unterrichten, weil sie damit isoliert würden. Der Vorteil der beschlossenen Regelung für die Regierung besteht darin, dass Gelder der EU für besondere Maßnahmen der Flüchtlingshilfe fließen, nicht aber für regulären staatlichen Unterricht. Für das Programm der „Willkommensklassen“ wurden 800 Lehrkräfte neu eingestellt, wie üblich nur Fristbeschäftigte, z. T. mit ma-

ximal 12 Wochenstunden zu 7 Euro die Stunde. Das ist für den Staat günstiger, als die 2014 entlassenen Lehrkräfte wieder einzustellen, die eine Ausbildung und mehrjährige Erfahrung in der Beschulung der Migrantenkinder hatten. In den Camps auf den Inseln sieht es noch trauriger aus, dort werden die Kinder im besten Fall von Freiwilligen der NGOs unterrichtet.

Der Anteil für öffentliche und private Bildungsausgaben im Jahre 2010 von 5,1 Prozent des BIP, das damals ca. 300 Mrd. Euro betrug, fiel bis 2016 auf ganze 2,8 Prozent des BIP von nunmehr nur noch ca. 200 Mrd.



litik: Wie viel bleibt übrig?

Euro. In diesen 7 Jahren der Memorandumspolitik der EU gegenüber Griechenland hat der Austeritätspolitik das Bildungswesen verwüstet.

Die Lehrkräfte mussten Gehaltskürzungen hinnehmen, eine Grundschullehrerin, die bei ihrer Einstellung noch 1150 Euro verdiente, bekommt heute nach 10 Jahren Schuldienst anstatt mehr weniger, nämlich 900 Euro. Seit 2010 gab es bis auf wenige Aus-

nahmen (etwa 500 Kolleg\_innen konnten sich einklagen) keine Festeinstellungen von Lehrkräften mehr. Lücken, die die Pensionierungen Zigtausender hinterließen, wurden mit Fristbeschäftigten gefüllt. Diese werden schlechter bezahlt (s.o.) und sind außerdem von den Kürzungen des Arbeitslosengeldes auf 322 Euro betroffen, das sie während der Sommermonate beziehen.

2013 wurden 2500 Berufsschullehrer\_innen entlassen, die dann nach einer Verfassungsbeschwerde 2015 wieder eingestellt werden mussten.

2016 wurde das Unterrichtsangebot verkürzt: an den Grundschulen um fünf und an den Oberschulen um drei Wochenstunden. Musik-, Theater-, Sport-, Kunst- und Informatiklehrer\_innen wurden nicht mehr eingestellt, sodass die übrigen Kolleg\_innen gezwungen sind, den Unterricht in Fächern zu übernehmen, für die ihnen die Ausbildung fehlt. Oder sie müssen als Fachlehrkräfte an mehreren Schulen unterrichten, was der Minister als „Möglichkeit zur

Mobilität innerhalb des Schulverwaltungsbezirks“ schönredet. Die Folge ist, wie der junge Informatiklehrer an der 51. Grundschule berichtete, dass er während einer Woche so viele Kinder habe, dass er sich deren Namen nicht merken könne; aber zum Glück liebten die Kinder sein Fach.

2013 hatte die Nea-Demokratia-Regierung (ND) ein Gesetz durchgebracht, mit dem die

Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einer Leistungsbeurteilung unterworfen werden sollten. Ziel war natürlich, quasi objektiv festzustellen, wer entbehrlich erscheint. Die Gewerkschaften der Lehrer\_innen DOE und OLME (für Oberschulen) konnten in den letzten Jahren verhindern, dass die Beurteilungen auch auf ihre Kolleg\_innen angewandt wurden (vgl. bbz 1/2017). Syriza hat auf Druck der „Institutionen“ beschlossen, nunmehr einen Teil des Gesetzes umzusetzen. In den nächsten zwei Jahren sollen die Vorgesetzten überprüft werden, die Beurteilung der anderen Lehrkräfte behält man sich für später vor. Dieses Vorgehen nach OECD-Mustern wird als „Schaffen einer Beurteilungskultur“ verkauft, dient aber dem Zweck, über die Vorgesetzten den Druck auf die Lehrerschaft zu erhöhen, Konkurrenz zwischen den Schulen zu schaffen, bei schlechten Ergebnissen den Schulen Finanzmittel zu entziehen und letztlich Schulschließungen und Entlassungen vorzubereiten, wie der Kollege Nikos vom Dachverband der Öffentlichen-Dienst-Gewerkschaften ADEDY befürchtet. ND habe schon verlauten lassen, dass sie im Fall einer Regierungsübernahme für noch mehr „Freiheit“ sorgen würde, indem sie die Einschulungsbezirke aufheben und die Einstellung von Lehrer\_innen den Schulen überlassen möchte. Es gibt sogar schon ein Pilotprojekt, bei dem Eltern Gutscheine für Privatschulen erwerben können.

Passt das nicht perfekt zum Lieblingsvorhaben der Austeritätsfanatiker, alles, was sich irgendwie zu Geld machen lässt, zu privatisieren: nach der Eisenbahn, den Häfen und Flughäfen, der Strom- und Wasserversorgung usw. auch die öffentlichen Bildungseinrichtungen?!

ANGELA MÜLLER  
i.A. der Gruppe: Solidarität mit  
Griechenland